

Der einfache Einwand, Teil 2

Argument:

Staatsquote ist sowieso zu hoch. Finanzminister Steinbrück ist stolz: *"Noch vor 10 Jahren hatten wir fast 50% Staatsquote. Inzwischen nur noch rund 43%"* (BMF-web-Seite 12.6.08)

Einwand:

Die Steuern und Abgaben (=Staatsquote) sind in 10 Jahren um 7% gesenkt worden, Hätten wir die 7% vom Brutto-Sozialprodukt (2489,4 Mrd. Euro in 2008) heute mehr im Staatshaushalt, hätten wir 174 Mrd. Euro mehr zur Verfügung.

Argument:

Thema Generationengerechtigkeit; Die Schuldenbremse ist richtig. Kommenden Generationen darf keine Schuldenlast aufgebürdet werden.

Einwand:

Krisenzeiten wie gehen mit fehlenden Steueraufkommen einher. Gerade in der Krise ist die Aufrechterhaltung öffentlicher Nachfrage und öffentlicher Investitionen nötig zur Wirtschaftsbelebung. Das ist mit einer Schuldenbremse nicht mehr möglich.

Und: Investitionen in öffentliche Infrastruktur schaffen Werte, die von den künftigen Generationen noch genutzt werden.

Argument:

Thema Generationengerechtigkeit; Aufgrund des demografischen Wandels soll es erst mit 67 Rente geben.

Einwand:

Die Rente ab 67 bedeutet, dass künftige Rentner und Rentnerinnen, also die die heute zur arbeitenden Generation gehören, in Armut geraten, weil sie gar nicht so lange durchhalten. Heute liegt die Erwerbsquote der 62-jährigen bei 35%, der 65-jährigen bei 19,5% (bei den 15 - 54-Jährigen bei ca. 74%).

Und: Mit der Rente mit 67 können Ältere nicht in den wohlverdienten Ruhestand und Jüngere können nicht ins Erwerbssystem einsteigen.

Argument:

Die LINKE ist die SED-Nachfolge-Partei und hat die ehemaligen SED-Vermögen übernommen.

Einwand:

Tausende waren Altmitglieder der Ost-Blockflöten-Parteien CDU / Bauernpartei usw. Deren Vermögen haben sich die Westparteien sang- und klanglos angeeignet. Selbst Angela Merkel war FDJ-Funktionärin. Und die SPD läuft mit diesem Gerede der CDU hinterher, um von eigenen Fehlern und Verantwortung abzulenken.

Argument:

Die SPD strebt Steuersenkungen für kleine Einkommen, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 47% und eine Börsenumsatzsteuer an.

Einwand:

... weil sie weiß, dass sie dies nicht umsetzen muss. Entweder sie muss nach der Bundestagswahl in die Opposition oder ihre möglichen Koalitionspartner lassen es nicht zu. Wie sagte schon Müntefering: "Wir werden als Koalition daran gemessen, was im Wahlkampf gesagt worden ist. Das ist unfair."

Argument:

Thema Einheitsschule: Warum seid ihr gegen das Gymnasium?

Einwand:

Wenn ich an einem Gymnasium auftrete: „Ich habe nichts gegen das Gymnasium. Aber der Sohn einer Unternehmerin muss uns genauso viel wert sein wie das dritte Kind eines Kassierers. Und dies ist gegenwärtig nicht der Fall: Das Kind des Kassierers hat eine viermal geringere Chance, die Hochschulzugangsberechtigung zu erreichen.“